

1. Erweiterung und Vertiefung: Zielkonflikte in der Europäischen Union

JÜRGEN KALB

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, betont derzeit, dass er das Scheitern der Europäischen Union erstmals seit Jahren für »ein realistisches Szenario« (Schulz, S. 7) halte. Ausgelöst wurde diese jüngste Debatte um die Zukunft der EU nicht zuletzt durch eine Äußerung des britischen Premierministers David Cameron Anfang des Jahres 2013, als er ankündigte, er strebe für 2017 an, einen Volksentscheid im Vereinigten Königreich zum weiteren Verbleib in der EU durchführen zu lassen. Dabei gilt als sicher, dass Cameron, im Unterschied zu vielen seiner Parteifreunde und einem großen Teil der britischen Öffentlichkeit durchaus für die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU eintritt, diese aber gleichwohl entscheidend reformieren möchte. Beobachter sprechen davon, er wolle die EU wieder stärker in Richtung »Common Market« führen, wenn er von »mehr Binnenmarkt und weniger Regeln aus Brüssel« (Cameron) spricht. Demgegenüber stehen Positionen, etwa die von Schulz oder die des baden-württembergischen Ministers für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, Peter Friedrich, beide SPD, die sich insbesondere nach den Erfahrungen der weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrise eine EU wünschen mit »mehr Demokratie durch eine funktionierende Gewaltenteilung und einen lebendigen Föderalismus, eine soziale und gerechte Union und die Verwirklichung einer echten Fiskal- und Wirtschaftsunion« (Peter Friedrich, Rede am 5.2.2013 in Stuttgart, S. 14). Die Diskussion um eine »Vertiefung« oder aber »Renationalisierung« bekommt durch beachtliche Wahlerfolge rechtspopulistischer und europaskeptischer Parteien in nahezu allen Mitgliedstaaten einen erneuten Schub. Passte es in dieser Situation ins Bild, an die gleichzeitig geführten Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und den Staaten des westlichen Balkans zu erinnern? Mit Kroatien hat die EU erst jüngst, zum 1.7.2013 ihr 28. Mitglied aufgenommen. Bürgerproteste in der Türkei in den Sommermonaten des Jahres 2013 haben europaweite Diskussionen darüber ausgelöst, unter welchen Bedingungen eine Mitgliedschaft in der EU überhaupt möglich sein könne und ob sie nicht längst »überdehnt« sei. Dabei erweist sich Großbritannien durchaus als Befürworter des »Enlargement«, der Erweiterung, auch um die Renationalisierungsdebatte zu befördern. Eine breite öffentliche Diskussion, auch im Schulunterricht, über die Werte und die Finalität der EU scheint angesichts dieser Ereignisse deshalb wieder einmal »angesagt«, nicht zuletzt weil angesichts der bevorstehenden Europawahlen am 25. Mai 2014 die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union besonders in den Fokus geraten. Eine niedrige Wahlbeteiligung oder die Zunahme der Wahlergebnisse für die Euroskeptiker könnte die Vertrauenskrise in der EU weiter verschärfen.



Abb. 1 »Und eins, und zwei, und ...? ...«

© Gerhard Mester, 26.1.2013

Die Diskussion um den Stand einer »Europäischen Identität«

Zur Rechtfertigung der Machtverlagerung auf eine transnationale Ebene benötigt eine supranationale Organisation wie die Europäische Union Zustimmung bzw. Vertrauen oder mit einem Fachbegriff: Legitimation durch ihre Bürgerinnen und Bürger, um zu einer »Bürgerunion« (D&E-Ausgabe 56/2008) zusammenzuwachsen. Dies geschieht einerseits seit 1979 durch die Direktwahlen des Europäischen Parlaments, andererseits durch umfangreiche Informationsbemühungen der Verantwortlichen sowie seit dem 1. April 2013 zusätzlich durch das Instrument der transnationalen »europäischen Bürgerinitiative« (vgl. dazu D&E-Ausgabe 65). Seit 1973 fordert die Europäische Union zudem besondere Anstrengungen aller Beteiligten zur Herausbildung einer gemeinsamen »Europäischen Identität« innerhalb der Mitgliedstaaten der EU. Die Verantwortlichen sind sich einig, dass es für die Legitimierung der EU dringend erforderlich sei, dass sich ein »we-feeling« (Cerutti) innerhalb der EU herausbilden müsse. Große Anstrengungen wurden nicht zuletzt dahingehend unternommen, eine stärkere Öffnung hin zu einem europäischen Diskurs, ja zu einer »europäischen Öffentlichkeit« innerhalb der EU herauszubilden. Strittig bleibt, ob es bereits ein Zeichen »europäischer Öffentlichkeit« sei, wenn in den nationalen Medien verstärkt europäische Themen diskutiert werden? Dass die transnational angelegten Internetangebote der EU sowie diverse TV- und Radioangebote bislang nur einen verschwindend kleinen Teil der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger erreicht, dürfte im Übrigen auch nicht allzu sehr überraschen.

Professor Dr. Dieter Fuchs von der Universität Stuttgart hat in seinem Beitrag »Probleme bei der Herausbildung einer europäischen Identität« anhand der regelmäßig von der Europäischen Kommission veranlassten Eurobarometer-Umfragen einerseits ernüchternde Ergebnisse, andererseits doch auch erste Hoffungszeichen eines Wir-Gefühls in der EU konstatieren können. Man



Abb. 2 »Wir Engländer lieben nun mal unsere Selbstständigkeit!«

© Klaus Stuttmann, 27.1.2013

könnte hier durchaus von ersten Anzeichen einer kollektiven Identität sprechen, die andererseits noch lange nicht an die der nationalen Identität heranreicht. Aber ist es nicht ohnehin sinnvoll, von einer »multiplen Identität« der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger auszugehen, d. h. dass neben die nationale, die lokale und regionale in einem langwierigen Prozess auch eine »europäische Identität« treten könnte?

Allerdings gibt es, wie Dieter Fuchs in seinem Beitrag aus der Analyse der Eurobarometer-Umfragen zeigt, durchaus deutliche nationale Unterschiede. Und Euroskeptiker finden sich nicht nur im Vereinigten Königreich. Andererseits geben durchaus hohe Teile der Befragten an, sie hätten deutlich mehr Vertrauen in die EU-Institutionen als in ihre nationalen Regierungen und Parlamente. Und angesichts der weltweiten Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen scheint sich dieser Prozess weiter verstärkt zu haben. Allerdings weist Peter Graf Kielmansegg (S. 16) zurecht darauf hin, dass sich die nationalen Identitäten zumeist bereits seit dem 19. Jahrhundert und häufig vor der Demokratisierung der Staaten, dazu noch über kriegerische Auseinandersetzungen herausgebildet haben. Er sieht auch deshalb die von Jürgen Habermas geforderte Herausbildung einer europäischen Identität über eine europäischen Öffentlichkeit und eine transnationale Demokratie zur Legitimierung der europäischen Einigung sehr skeptisch. Er vermisst im europäischen Einigungsprozess insbesondere eine »Kommunikations- und Erinnerungskultur«. Von der Herausbildung eines europäischen »Demos« (Volkes) könne noch lange keine Rede sein. Und aktuell entfernen sich ja nicht nur Bevölkerungsteile in den wohlhabenderen nördlichen Mitgliedstaaten vom europäischen Gedanken, angesichts von Meldungen über Jugendarbeitslosigkeitsszahlen nahe an oder gar über 50 % in einigen südlichen Mitgliedstaaten erodiert auch dort das Vertrauen in die Problemlösungskapazität der EU und der aktuellen Spar- bzw. Austeritätspolitik ganz erheblich.

■ Die Austrittsszenarien

Insbesondere im Vereinigten Königreich von Großbritannien werden Rufe nach einem Austritt in der EU immer lauter. Innerhalb der Konservativen Partei, aber auch bei der UKIP (»United Kingdom Independence Party«), die aufgrund des Verhältniswahlrechts bei Europawahlen auch im Europäischen Parlament sitzt, wird seit langem ein Volksentscheid über die weitere Mitgliedschaft in Großbritannien gefordert. Dr. Georg Weinmann hat in

seinem Beitrag: »In or out – Mehr Fragen als Antworten in der britischen Europapolitik« diese innenpolitische Debatte analysiert und mit ihren kontroversen Standpunkten dokumentiert. Seit seinem Beitritt hatte das Vereinigte Königreich eine Sonderrolle in der Union, wobei die »opting-out«-Klausel bezüglich der (Nicht-)Einführung des Euros nur der augenfälligste Beweis für diese Position darstellt. Auch der legendäre Winston Churchill hat 1946 in seiner legendären »Rede zu Europa! in Zürich mit einem Aufruf zur westeuropäischen Einigung nicht an die britischen Inseln gedacht. Aber was wäre die EU ohne Großbritannien? Was bedeutete dies politisch, ökonomisch und kulturell? Schon bisher verweigert sich Großbritannien bei der gemeinsamen Währung und den freien, unkontrollierten Grenzabkommen (»Schengener Abkommen«). Viele Bewohner des Inselstaates, ins-

besondere wenn sie aus England kommen, sehen sich seit jeher eher in der Nähe der Vereinigten Staaten von Amerika oder ihr Herz hängt nach wie vor am Commonwealth, der Nachfolgeorganisation des einst so mächtigen »Britischen Empire«. Noch komplexer wird diese Fragestellung, wenn man an die schottischen Separationsinitiativen denkt. Im September 2014 wird es zu einem Referendum über den Verbleib Schottlands im Vereinigten Königreich kommen. Auch wenn es im Moment nicht so aussieht, als werde die Mehrheit der Schotten für einen Austritt stimmen, so sind es nicht nur regionale Motive, die diesen Separationswunsch befördern. Immer mehr hebt sich ein sozial orientiertes schottisches Modell vom englischen, das immer noch stark durch Margaret Thatcher geprägt ist, ab. »Die immer nachhaltigere Kommerzialisierung des Bildungs- und des Gesundheitssystems in England zum Beispiel mochte man in Schottland nicht mitmachen. Auch nicht den scharfen Sozialabbau der letzten Jahre. Von freier Altersfürsorge etwa oder von Arzneien ohne Rezeptgebühren, wie es sie in Schottland gibt, kann man in England nur träumen. Englische Studenten müssen, weil die Londoner Regierung Bildung als Ware begreift, 9.000 Pfund im Jahr Studiengeld bezahlen. Für schottische Studenten in Schottland ist das Studium bis heute gratis.« (Nonnenmacher, StZ. 19.10.2013)

Gerade soziale Fragen befördern auch anderorts in den Mitgliedstaaten die Diskussion um die Finalität der EU und nähren die Euroskepsis. Dr. Florian Hartleb hat in seiner Analyse »Rechtspopulismus und Euroskepsis« deutlich zwischen den unterschiedlichen Formen der Euroskepsis und des Rechtspopulismus bis hin zum Rechtsradikalismus unterschieden. Noch, so Hartleb, seien diese Strömungen in sich zerstritten, was sich nicht nur in der fraktionellen Zusammenarbeit im Europaparlament zeige. Andererseits gewannen sie doch deutlich an Zulauf, seien es nun die radikaleren Strömungen wie der »Front Nationale« in Frankreich, der bei Umfragen zur Europawahl im Moment sogar als stärkste Kraft gilt, oder gemäßigte Parteien, wie die fast aus dem Nichts zur Bundestagswahl angetretene »Alternative für Deutschland«, die dort beachtliche 4,7 % der Stimmen bundesweit erhielt. Noch ist nicht entschieden, ob sich die AfD wie bisher eher elitär als »Volkswirtschaftsprofessorenpartei« profilieren wird oder ob sie die Chancen eher im Protestwählerzustrom z. B. in den neuen Bundesländern sieht, um sich dadurch zu einer »rechtspopulistischen Partei« mit fremdenfeindlichen Parolen zu entwickeln. Dazu kommt, dass es bei der bevorstehenden Europawahl nur eine »3%-Klausel« geben wird. Nicht nur der Kommissionspräsident Manuel José Barroso und der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz sehen im »Rechtspo-



Abb. 3 Feierlichkeiten anlässlich des Beitritts Kroatiens als 28. Mitgliedstaat zur EU am 30.6.2013 in Zagreb

© epa, Amonia Bar, dpa, picture alliance

pulismus« aktuell eine der größten Gefahren für die europäische Einigung.

Vordergründig geht es häufig nur um die gemeinsame Währung, den Euro. Die stark emotional geführten Debatten zeigen aber längst, dass es zunehmend Tendenzen in nahezu allen Mitgliedstaaten der EU gibt, die eine deutliche Renationalisierung, wenn nicht gar eine Reduktion der Europäischen Union hin zu einem »gemeinsamen Binnenmarkt«, einer Freihandelszone, jedenfalls ohne politische, wirtschaftspolitische oder gar soziale Union wünschen.

»Überdehnung der EU«? – Die aktuellen Erweiterungsdiskussionen

Im Dezember 2012 hatte die EU den Friedensnobelpreis erhalten. In der Begründung wurde betont, ihre historisch herausragende Leistung läge vor allem darin, dass es ihr gelungen sei, aus einem »Kontinent des Krieges einen Kontinent des Friedens« (Torbjorn Jagland, Laudator des Nobelpreiskomitees) zu gestalten.

Martin Schulz erinnerte in diesem Zusammenhang z. B. an den französischen Staatsmann Robert Schuman, der sich im französischen Parlament Ende der vierziger Jahre noch als »boche« (wörtlich: »Holzkopf«, französischer, abwertender Spottbegriff für Deutsche) bezeichnen lassen musste, weil er dafür eintrat, dass Westdeutschland, d. h. die Bundesrepublik Deutschland, als gleichberechtigter Partner in die »Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl« (EGKS, kurz: Montanunion) aufgenommen werden sollte. Er war davon fest überzeugt, dass man die Bundesrepublik in den Westen integrieren müsse, auch um in Deutschland eine stabile Wirtschaft und Demokratie aufzubauen.

Ähnlich mutig war in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts die Süderweiterung, die nach dem Sturz der Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland möglich wurde. Auch nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den Jahren 1989ff. gab es wenig Skepsis bei der 2004 und 2007 vollzogenen Osterweiterung, obwohl deren ökonomische Integration in den Euroraum zum Großteil noch eine gewisse Zeit in Anspruch nahm, bzw. immer noch nehmen wird. Politische, aber auch humanitäre Motive standen zumindest gleichwertig neben den nicht zu verleugnenden Hoffnungen insbesondere der Industriebetriebe in den Gründerstaaten nach neuen lukrativen Absatzmärkten und günstigeren Produktionsstätten.

Der Leiter des Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kroatien und Slowenien, **Dr. Dietmar Dirmoser**, zeigt in seinem Beitrag »Welches Kroatien in welchem Europa? Überlegungen angelegentlich des kroatischen EU-Beitritts.« auf, wie wenig visionär die heutige Erweiterungsdiskussionen auf Seiten der aufnehmenden Mitgliedstaaten, aber auch auf Seiten des seit 2013 neuen Mitgliedstaates »Republik Kroatien« verlaufen. Jenseits der in Kopenhagen 1979 formulierten Ziele und deren Überwachung in den jährlichen »Fortschrittsberichten der Europäischen Kommission«

mehren sich die Stimmen, die die EU heute bereits als »überdehnt« betrachten. Die Akzeptanz der Erweiterung, so eines der Hauptargumente der Skeptiker, wachse von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat, erst recht, wenn ein mehrheitlich von der islamischen Religion geprägtes Land wie die Türkei aufgenommen werden sollte. Die Rechtslage, die sich die EU selbst gegeben hat, spricht aber nicht von kulturellen oder religiösen Schranken. Die EU bekennt sich hier eindeutig zur Vielfalt und Toleranz. In den Kopenhagener Kriterien werden politische, ökonomische und rechtliche Kriterien als entscheidend formuliert. Ob diese nun tatsächlich alle beim jeweiligen Beitritt erfüllt wurden und welche effektiven Mechanismen die EU besitzt, die »Stabilitätskriterien« nach einem Beitritt auch durchzusetzen, wird derzeit in den Medien heftig diskutiert. Neben Griechenland stehen insbesondere Rumänien und Bulgarien, zunehmend aber auch Ungarn in der Diskussion. Aber auch im Falle des Neumitglieds »Kroatien« gibt es Stimmen, die von einem neuen Problemfall reden. Dirmoser stellt in seiner Untersuchung die ökonomischen, aber auch die autoritär-historisch-politischen Probleme des Neumitglieds deutlich dar. Nicht zuletzt durch die »Jugoslawien-Kriege« der neunziger Jahre lasten immer noch schwere Hypothesen auf der ganzen Region des Westbalkans, weswegen in den Beiträgen von Dirmoser und im darauf folgenden von Holger-Michael Arndt Exkurse zur unmittelbaren Vorgeschichte des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts geführt werden, die unmittelbar »vor der Haustür« der EU stattfanden. Dirmoser zeigt in seinem Beitrag auch auf, wie wenig sich bisher eine lebendige kroatische Zivilgesellschaft herausbilden konnte, teilweise alte »Seilschaften« fortbestehen und »Europaskepsis« keineswegs nur ein Phänomen der etablierten Mitgliedstaaten ist.

Und trotz allem lässt sich belegen, dass der Reformdruck auf die Beitrittsländer, insbesondere im Prozess des Beitrittskandidatenstatus, groß und die Fortschritte in dieser Phase zum Teil ganz erstaunlich sind.

Holger-Michael Arndt vom Düsseldorfer »Civic-Institut für internationale Bildung« zeigt anhand der Beitrittskandidaten des westlichen Balkans, nahezu alle Nachfolgestaaten des früheren kommunistischen Vielvölkerstaates Jugoslawien und seiner Nachbarländer, wie kompliziert es ist, eine funktionierende Demokratie und ein sich daraus ableitendes rechtsstaatliches System inklusive der Achtung der Menschenrechte (»erstes Kriterium der Kopenhagener Beschlüsse«) in diesen Ländern zu etablieren. Aber auch die Anpassung an marktwirtschaftliche Konkurrenz und den freien Binnenmarkt (»zweites Kriterium«) bedeutet nicht selten den Bankrott bislang subventionierter und international nicht mehr konkurrenzfähiger Branchen wie etwa der Werftindustrie in Kroatien. Hohe EU-Subventionen fließen dabei auch für Mitgliedstaaten keineswegs (mehr) in dem Ausmaß, wie erwartet oder gar in den reicheren EU-Mitgliedstaaten in den Medien unterstellt wird. Mindestens genauso kompliziert gestaltet sich schließlich das »dritte Kriterium«, die Übernahme des umfangreichen, derzeit ca. 6.000 Seiten umfassenden Rechtsbestands der

EU, des »Acquis communautaire«. Manche deuten dies als besten Beweis für den Fortschritt der bereits vollzogenen Integration, andere als Ausdruck einer überbordenden »Bürokratie aus Brüssel«. Der Beitrittswunsch vieler Staaten des Westbalkan wie Serbien, Mazedonien, Montenegro, Albanien, Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo, scheint trotzdem nach wie vor ungebrochen.

Die EU muss sich hier ihrer Rolle und Aufgabe bewusst werden, ob sie diese Balkanstaaten besser innerhalb oder außerhalb der EU im Sinne der europäischen Werte und Institutionen beeinflussen kann und möchte. Aufgrund komplexer historischer, aber auch jüngster Ereignisse in den 90er Jahren (der sogenannten »Jugoslawien-Nachfolgekriege«) sowie ethnischer Mehr- und Minderheiten in den jeweiligen Siedlungsgebieten wäre die Achtung der zentralen Werte der EU wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtssicherheit zur langfristigen Friedenssicherung in der Region des Westbalkans von ganz besonderer Bedeutung.

■ Die Türkei-Diskussion

Zugespielt zeigt sich die Erweiterungs- bzw. Überdehnungs-Diskussion nunmehr schon seit Jahrzehnten angesichts des Beitrittswunsches der Türkei zur EU, wegen der engen wirtschaftlichen Verflechtungen, besonders aber auch, weil nach Schätzungen rund drei Millionen »Menschen mit Migrationshintergrund« in Deutschland ihre familiären oder religiösen Wurzeln in der Türkei haben. Seit 2005 besitzt die Türkei offiziell den Beitrittsstatus, den der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, als »Verlobungsversprechen« der EU bezeichnet, wenngleich in diesen spezifischen Verhandlungsrunden immer wieder von einem »ergebnisoffenen Verfahren« gesprochen wird. Insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel und Wolfgang Schäuble (beide CDU) präferieren seit Jahren in aller Öffentlichkeit deshalb das Angebot einer »privilegierten Partnerschaft« für die Türkei, den, so die Kritiker dieser Position, die Türkei als Status längst genieße.

Die Ereignisse im Sommer 2013 in Istanbul, aber danach auch landesweit, haben nun erneut einer breiten Öffentlichkeit deutlich gemacht, dass die Türkei große Probleme besitzt, die Kopenhagener Kriterien der EU zu erfüllen. Der ehemalige Korrespondent der ARD in der Türkei und derzeitige SWR-Redakteur **Michael Matting** zieht in seinem Beitrag: »Die Türkei und ihre EU-Perspektive – Eine journalistische Betrachtung« eine deutliche Bilanz. Als mögliches EU-Mitglied dürfte die Türkei keineswegs Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Protestbewegung, wie in den Sommermonaten des Jahres 2013 geschehen, mit Polizeigewalt auflösen und strafrechtlich verfolgen, nur um ein lokales Bauvorhaben in Form eines Einkaufszentrums durchzusetzen. Im Wege stünden zudem, auch darauf weist Michael Matting hin, strittige Fragen wie z. B. der Kurdenkonflikt und die Zypernfrage oder generell der Umgang mit den Menschenrechten und der freien journalistischen Berichterstattung. Andererseits zeigte der Beitrittsprozess auch unter der Erdogan-Administration deutliche erste Erfolge in Richtung auf Demokratisierung und Marktöffnung, worauf z. B. der jüngste Fortschrittsbericht der EU vom 18. Oktober 2013 hinweist. Haben nun gar die Proteste vom Sommer 2013 in der Türkei einen Wandel hin zu einer modernen pluralistischen Zivilgesellschaft eingeläutet? Michael Martens hat in der FAZ nach Gesprächen mit Vertretern der führenden demoskopischen Institute in der Türkei sogar gegenteilige Tendenzen ausgemacht. Erst seit der brutalen Niederschlagung der Proteste habe Erdogan und

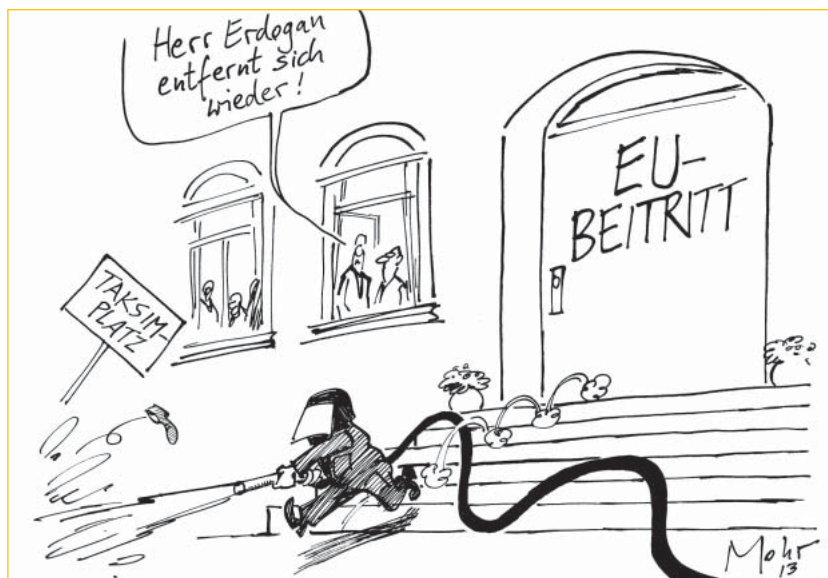


Abb. 4 »Abseitsposition«

Burkhard Mohr, 13.6.2013

seine AKP wieder stärkeren Rückhalt in der türkischen Gesellschaft, der durch vorherige Zugeständnisse an die EU zu bröckeln gedroht habe. Und strittig bliebe, ob die derzeitige Opposition, die »Kemalisten« in ihrer autoritären Tradition verharren oder sich tatsächlich modernisierten. Die Gründung einer »Partei der Mitte« stünde in der Türkei noch aus. Bislang neigten die Oppositionellen eher zur Wahlenthaltung.

Aber was wäre, wenn der EU-Druck nachließe und sich die Türkei gar stärker gen Osten orientierte? Solche Stimmen mehren sich in der Türkei in den letzten Monaten deutlich. Was geschähe dann mit den ersten zivilgesellschaftlichen und westorientierten Ansätzen in der Türkei, die sich entgegen ihrer kemalistischen Tradition »islamisierte«?

■ Szenario: Eine EU mit z. B. 36 Mitgliedstaaten

Nehmen wir einmal an, die »Verlobungsversprechen« (Schulz) gegenüber der Beitrittskandidaten würden tatsächlich eingelöst. Vermutlich bezögen sich die primären Befürchtungen der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in den bisherigen Mitgliedstaaten in solch einem Fall auf Fragen der Freizügigkeit, also der Ängste um die Konkurrenz um Arbeitsplätze, auch um die sogenannte »Armuteinwanderung«. Auch wenn sich das tatsächliche Eintreffen solcher Befürchtungen, die z. B. im Falle Polens auch bestanden, schwer vorherzusagen ist, so ist doch zu vermuten, dass im Vorfeld der Verhandlungen insbesondere national-argumentierende oder rechtspopulistische Parteien und Gruppierungen neuen Zulauf erhalten werden.

Bereits jetzt ist der Anteil der europäischen Bürgerinnen und Bürger, die ein positives Bild von der EU haben, nach wie vor nur geringfügig höher als der Anteil an Befragten, die ein negatives Bild haben, wie die zweimal jährlich durchgeführten Eurobarometer-Umfragen ergeben. Wie bereits im Herbst 2012 ist eine große Mehrheit der Europäer auch im Frühjahr 2013 der Ansicht, dass die Länder der EU infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise enger zusammenarbeiten werden müssten (84 %). Mehr als die Hälfte der Europäer ist darüber hinaus der Meinung, dass die EU infolge der Krise langfristig stärker sein wird (53 %). Die EU wird weiterhin als der Akteur angesehen, der am besten in der Lage ist (22 %), mit der Krise fertig zu werden, dicht gefolgt von den nationalen Regierungen (21 %), den G20-Staaten (13 %), dem IWF, (13 %) und den Vereinigten Staaten (8 %). Allerdings können die Werte insgesamt wenig überzeugen. Die Vertrauenskrise der EU ist auch eine Krise der nationalen und internationalen Institutionen: das Vertrauen

in die Politik und die Ökonomie weltweit schwindet bedrohlich.

Sind die EU und ihre Mitgliedstaaten darauf vorbereitet? Erst jüngst wurde wieder ein Versprechen des Lissaboner Vertrags, nämlich die Anzahl der EU-Kommissare nach der nächsten Europawahl zu reduzieren, zurück genommen, ohne dass eine europäische Öffentlichkeit laut aufgeschrien hätte. Noch immer möchte jedes der nun 2 Mitgliedstaaten einen eigenen »Kommissar«. Nationale Regierungen könnten sich solch eine Konstruktion eines Regierungskabinetts kaum leisten. Und schon wieder umstritten ist die Vereinbarung, dass nach der nächsten Europawahl am 25. Mai 2014 der neue Kommissionspräsident – je nach Wahlergebnis – aus den zuvor benannten Spitzenkandidaten der großen politischen Lagern der Konservativen, der Sozialdemokraten, der Liberalen oder der Grünen hervorgehen sollte. Zuvor vereinbarte Schritte in Richtung »Demokratisierung der EU« werden also erneut durch nationale Egoismen ersetzt. Jürgen Habermas warnt ausdrücklich davor, die Rechte des transnationalen Europäischen Parlaments auszuhöhlen und sich nur noch auf die Problemlösungskompetenz der führenden Vertreter des Europäischen Rats zu verlassen, den er akademisch als »europäischen Exekutiv-Föderalismus« bezeichnet. Ohne Akzeptanz und stärkere Partizipation

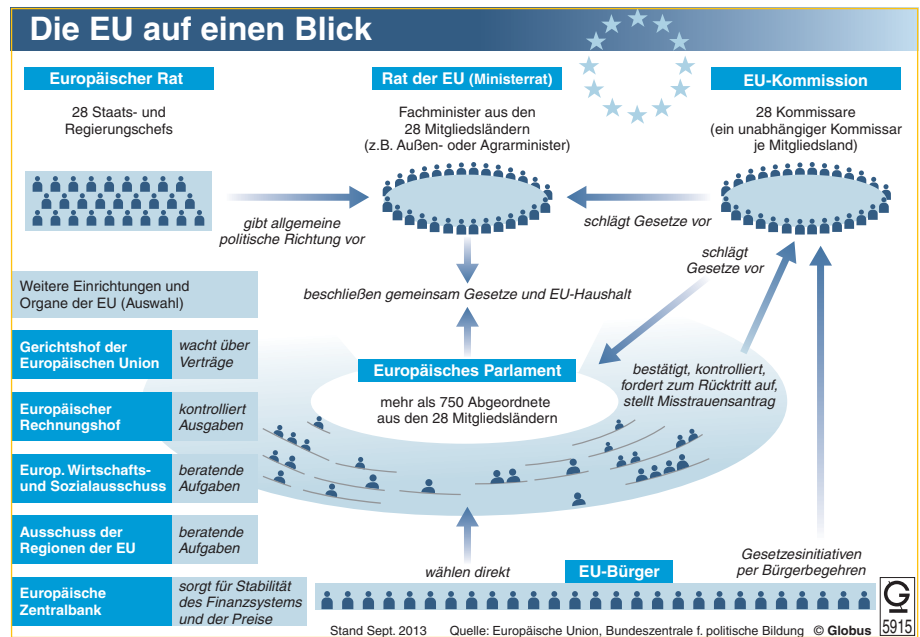


Abb. 6 Die Institutionen der Europäischen Union

© dpa, September 2013

tion der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, d. h. ohne »Bürgerunion«, wird eine Vertiefung der EU hin zu einer Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialunion allerdings nicht zu erreichen sein. Neue Erweiterungsrounden stoßen zudem im Moment auf großen Widerstand in einigen zentralen Mitgliedstaaten.

Literaturhinweise

Cohn-Bendit, Daniel/ Verhofstadt, Guy (2012): Für Europa. Ein Manifest. München.

Beck, Ulrich (2012): Das deutsche Europa. Suhrkamp. Berlin.

Europäische Kommission (2013): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Standard Eurobarometer 79, Frühjahr 2013. (Befragung Mai 2013, Veröffentlichung Juli 2013) http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm

Guérot, Ulrike (2013): Zwischen Haushalts- und Legitimationsdefizit: Zur Zukunft der europäischen Demokratie. In: APuZ, 6–7, 2013, S. 3–10, Bonn.

Friedrich, Peter (2013): Baden-Württemberg und Europa – Quo vadis? Entwicklungsperspektiven der Europäischen Union. Rede am 5.2.2013 im Haus der Wirtschaft, Stuttgart.

Habermas, Jürgen (2013): Im Sog der Technokratie. Kleine Politische Schriften XII. Suhrkamp. Berlin.

Heinrich-Böll-Stiftung/ GEF (Hrsg.) (2013): Rechtspopulismus in Europa. Planet-Verlag. Sankt Pölten, Österreich.

Martens, Michael (2013): Gezi-Park ohne Folgen. Eine Begegnung mit den beiden führenden Demoskopen der Türkei. FAZ vom 10.10.2013, S. 6

Neyer, Jürgen (2013): Europa: Integration und Demokratie. In: FAZ vom 8.4.2013, S. 7

Nonnenmacher, Peter (2013): Die Schotten mögen Europa lieber als London. Stuttgarter Zeitung vom 19.10.2013, S. 7

Schäuble, Wolfgang (2013): Kein deutsches Europa! In: Süddeutsche Zeitung vom 20.6.2013, S. 22 (in Kooperation mit Gazeta Wyborcza (PL), The Guardian (GB), La Stampa (I), Le Monde (F) und El País (E).

Schulz, Martin (2013): Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance. Rowohlt. Berlin.



Abb. 5 Neuer Band aus der Didaktischen Reihe der LpB: Europa in der Schule – in Kooperation mit dem Wochenschau-Verlag – Ergebnisse einer Europatagung vom Mai 2012 im Stuttgarter Rathaus. Zu bestellen unter: www.lpb-bw.de